

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 90 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mark, bei Selbstabholung 1 Mark. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark für 1 Monat 1 Mark (Postgelb vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.)

Redaktion:
Leipzig, Lauchauer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Fernsprecher 18 688

Inseratskosten die Zeilspalten Bettgröße oder deren Raum 80 Pfg. bei Plagvordruff 25 Pfg. Schwere Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beliegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mark jedes Tausend bei Teilaufgabe 6.— Mark. — Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Lauchauer Straße, 19/21, Fernsprecher 4896. — Anzeigen-Abteilung Fernsprecher 2721.

Die Beschlüsse der Arbeiter- und Soldatenräte.

Die neuesten Meldungen.

Die Forderungen des Arbeiter- und Soldatenrats.

Petersburg, 24. Juni. (Meldung der Petersburger Tel.-Agentur.) Der Kongress aller Soldaten- und Arbeiterparteien, eröffnete heute vor Besprechung der Kriegsziele die Diskussion über die Frage der Auflösung der Duma und des Reichsrates. Nach langen Beratungen nahm der Kongress eine von den Minimalisten vorgelegene Entschliessung an, die besagt, daß Duma und Reichsrat aufgelöst, die Abgeordnetenmandate für ungültig erklärt und die für den Unterhalt dieser Einrichtungen gewährten Rechte aufgehoben werden sollen.

Die angeblichen Kriegsziele der deutschen Regierung.

Rotterdam, 24. Juni. Der Deutschen Vorgesetzten wird gemeldet:

Der Genfer Korrespondent der Daily News hatte mit dem aus Berlin zurückgekehrten Gesandten von Haiti eine Unterredung über die Kriegsziele. Der Gesandte meldete, daß die deutsche amtliche Meinung in Bezug auf die Kriegsziele eine unerschütterliche sei und in dieser Beziehung die Meinung von ganz Deutschland übereinstimmend sei. Der Gesandte behauptete indes, in deutscher Handlung und in deutscher Politik Bemerkungen zu haben, die zu Annahmen berechtigt wären, indem man Frankreich gewisse Teile von Ost- und Westafrika, die unter deutscher Verwaltung stehen, abzugeben würde. Der Gesandte will weiter wissen, daß alle Deutschen des Krieges überdrüssig seien und der amtliche deutsche Friedensbegehren lautet: Keine Annexionen, keine Vergütungen. Die deutsche Regierung meine, daß der Status quo die einzige Grundlage zu einem dauerhaften Frieden sei.

Die Lebensmittelversorgung in England.

Rotterdam, 24. Juni. (R. A.) Der N. A. C. meldet aus London: Der englische Lebensmittelkontrollleur Lord Rhondda empfing eine Abordnung des nationalen Arbeiterausschusses für die Lebensmittelversorgung in Kriegszeiten. Vorsitzender des Ausschusses ist Smith, führende Mitglieder sind die Mitglieder der Arbeiterpartei der Sozialisten. Nach Londoner Blättern äußerte der Ausschuss Rhondda gegenüber weitgehende sozialistische Forderungen bei der Lebensmittelversorgung, wie die Befreiung des Brotes zu niedrigem Preis für die ärmsten Klassen, Sicherung der Milchzufuhr und Herabsetzung der Fleischpreise. Der Ausschuss schlug auch ein System der Familienrationierung mit Registrierung vor. Rhondda erklärte, er stehe zwar in wirtschaftlichen Angelegenheiten den Sozialisten diametral gegenüber, gebe aber zu, daß in der Kriegszeit der Individualismus beseitigt werden müsse. Er zeigte größte Entgegenkommen, so daß die Abordnung den Eindruck erhielt, daß ihr Programm übernommen dürfte.

Der Fall Grimm.

Stockholm, 24. Juni. (S. T. B.) Laut Politiken hat der von den Schwedischen Zimmerwaldorganisationen eingesetzte Ausschuss, der vorläufig in Erwartung der Untersuchung über den Fall Grimm die Geschäfte des internationalen sozialistischen Ausschusses führt, den Beschluß gefaßt, daß am 28. Juni die dritte Zimmerwaldkonferenz in Stockholm zusammenzutreten soll. Die Vertreter der Partei in den verschiedenen Ländern werden aufgefordert, sofort dorthin abzureisen. Der gleiche Ausschuss hat zur Untersuchung des Falles Grimm und Grimms Ausweisung aus Rußland einen eigenen Ausschuss eingesetzt, der aus zwei Schwedischen, einem Dänischen, einem Schweizer, einem russischen, einem polnischen und einem rumänischen Mitglied besteht. Am Freitagvormittag hielt der Zimmerwaldausschuss seine erste Besprechung mit der deutschen sozialdemokratischen Minderheitsabordnung ab.

Ein Festungsmagazin in die Luft geflogen.

Manuel, 24. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Nach einem Telegramm aus Havana ist das Magazin der Festung von Cuba in der vergangenen Nacht in die Luft geflogen. Die ganze Stadt wurde erschüttert. Eine Person wurde getötet, viele wurden verletzt. Es heißt, daß eine in der Nähe des Magazins niedergelegte Bombe die Ursache der Explosion war.

Die deutschen und die österreichischen Tagesberichte vom 23. und 24. Juni befinden sich auf der 3. Seite.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.

Die neue Regelung der Getreidewirtschaft.

Wenn es nur auf die Zahl der Verordnungen und auf den Umfang der Organisation ankäme, dann müßte die Reichsgetreidewirtschaft längst gut funktionieren. Das wichtigste ist jedoch das System, auf das sich die Organisation stützt. Da das bisherige System versagt hat, können auch organisatorische Veränderungen im Rahmen dieses Systems keine durchgreifende Besserung bringen. Das Grundübel ist die Nichtberücksichtigung der Produktionsmittel, der Verzicht auf den Produktionszwang, das Halbwerk der Rationierung und das Fehlen der Aufsicht eines jeden kapitalistischen Gewinns im Betriebe der Warenherstellung.

Zu einer Wirtschaftsregelung auf der hier umrissenen Grundlage kann sich natürlich keine auf dem Standpunkt der Privatwirtschaft stehende Regierung entschließen, weil sie sonst mit dem völligen Versagen gerade der Kreise zu rechnen hätte, die Hebel der gesamten Wirtschaftsmaschinerie fest in Händen halten und deren Einflußkraft in dem Augenblicke zu Grunde wäre, wo sich ihnen die direkten kapitalistischen Gewinnverhältnisse gänzlich verschließen.

Aus diesem Grunde darf man auch auf die nun angeforderte Änderung in der Reichsgetreidewirtschaft keine hohen Hoffnungen setzen. Im allgemeinen war ja die Verstaatlichung des Brotgetreides bisher am besten, weil es verhältnismäßig am gründlichsten der privaten Spekulation entzogen war. Trotzdem haben sich große, ja sogar verhängnisvolle Mängel herausgestellt. Die Bestände wurden nicht richtig erfasst, viel Getreide verfiel in die Mühle oder floß durch die unterirdischen Kanäle des Schleichhandels aus dem der allgemeinen Versorgung dienenden Bestände ab, ohne daß es möglich war, die Kanäle aufzufinden und abzustellen. Als sehr großer Nachteil hat sich weiter die Einrichtung der „Selbstverforgung“ erwiesen. Die neue Ordnung gleitet über die Hauptursachen der bisherigen Unzulänglichkeiten hinweg. Im wesentlichen beschränkt sie sich auf organisatorische Maßnahmen, von denen man sich eine bessere Erfassung der Ernten und eine bessere Verteilung der Bestände erwartet, so daß das Schwanken in der Bemessung der zugeleiteten Rationsmengen aufhöre. Bei energischer Anwendung der neuen Bestimmungen wird auch wohl eine etwas höhere Ordnung geschaffen werden können; jedoch, eine gleichmäßige Verteilung könnten auch sie nicht gewährleisten.

Die Neuerung besteht in folgendem: anstatt wie früher nur das Brotgetreide, soll in Zukunft alles Getreide, also einschließlich Hafer, Gerste, ferner Hirse, Buchweizen und auch jede Hülsenfrucht von der Reichsgetreidewirtschaft erfasst werden. Ob damit endlich auch ein richtiges Verhältnis zwischen den Preisen für Brot- und Futtermittel herbeigeführt werden soll, das halt noch dahin. Um die Bewirtschaftung einheitlicher gestalten zu können, sollen die bisher neben der Reichsgetreidestelle bestehenden Organisationen für Körnerrechte aufgehoben werden. Etwas überraschend ist die Bestimmung, daß nun mit der Erweiterung der Reichswirtschaft der Handel für Brot, Getreide, Futtermittel befreit werden soll. Träger der Organisation bleiben die Kommunalverbände und die Kommissionäre der Reichsgetreidestelle, jedoch sollen sich die Kommunen der Mitwirkung des freien Handels bedienen. Der § 28 der Reichsgetreideordnung bestimmt: „Die Reichsgetreidestelle bestellt für den Bezirk jedes nicht selbstliefernden Kommunalverbandes einen oder mehrere vom Kommunalverband vorgeschlagene Kommissionäre, durch die der Erwerb der Früchte erfolgt.“ — Wozu sind noch private Käufer nötig, wenn die neue Organisation die Bestände richtig erfassen kann und Lieferungsobliegenheit besteht? Wie versichert wird, soll Vorsorge getroffen worden sein, daß selbstwirtschaftende Verbände nicht mehr durch unzulässige Wirtschaft ihren zulässigen Verbrauch überschreiten oder zu viel Getreide zurückbehalten. Die Reichsgetreidestelle ist befugt, solchen Verbänden das Recht der Selbstlieferung zu entziehen. — Dieses Ausnahmerecht hätte überhaupt beseitigt werden müssen. — Man begnügt sich damit, die Selbstbewirtschaftung der Kommunalverbände etwas zu beschränken. Sie sollen nicht mehr berechtigt sein, Hafer und Gerste für die Herstellung von Nahrungsmitteln und Bier anzukaufen. Vesteht bleibt die Selbstbewirtschaftung bei Brotgetreide und im allgemeinen auch beim Futtermittel. Ein Entgegenkommen an die Güterbesitzer!

Etwas erweitert wird die Bewegungsfreiheit der Kommunalverbände. Ihnen selbst kann die festgesetzte Verbrauchsmenge gestrichelt werden, wenn sie nicht für genügende Ablieferung von den in ihrem Bezirk erfassten Ernten sorgen. Dann würden also schließlich die Verbraucher bestraft. Als Pressionsmittel ist den Kommunalverbänden das Recht eingeräumt, gegenüber den künftigen Gemeinden oder Betrieben die Lieferung von anderen Bedarfsgegenständen einzuschränken oder ganz einzustellen. Auch sollen sie berechtigt sein, Fleisch, das ungeschlachtet in den Handel gebracht worden ist, ohne Bezahlung zugunsten der Reichsgetreidestelle zu beschlagnahmen. Also andere wohl man gegen den Schleichhandel mit Fleisch nicht zu unternehmen! Diese Maßnahme wird aber wenig nützen.

Um die Ernteeinträge und Bestände besser als früher zu erfassen, werden Wirtschaftskontrollen eingeführt, die nicht der Betriebsinhaber oder Leiter, sondern der Kommunalverband auszuführen und dauernd in Ordnung zu halten hat. Die Unterlagen dazu muß er sich von den Betriebsinhabern verschaffen; auch hat er die Möglichkeit der Anwesenheit zu kontrollieren. In diese Karten wird eingetragen: die Größe des Betriebes, die Zahl der zum Haushalt gehörenden Personen, das vorhandene Vieh, Art und Umfang der abzurufenen Produkte, Ergebnis der Erntebefragung und Nachprüfung, die Menge der den Selbstverforgern und Betriebsunternehmern ausstehenden Mengen an Brotgetreide und Futtermitteln, die Ablieferungsobliegenheit unter Berücksichtigung des Bedarfs an Saatgut, sowie an Getreide zu verbrauchendem Brotgetreide und Viehfutter, abgetriebene Mengen an Mehl und verbrauchtes Saatgut.

Im Organisationsrat wird es also in Zukunft nicht mehr sein! Wäre damit auch in jedem Falle die richtige Angabe verbunden, damit wären wir aller Sorgen enthoben. Aber es wird sich noch zeigen, wie leicht, herausstellen, daß es doch noch Lücken gibt, durch die die Wirtschaft der Bestimmungen entweichen können. Ein sehr lehrreiches Beispiel nach dieser Richtung liefert das Versagen der Schlachtkontrolle. Trotz Bestandsberichtigungen, strengen Rationierungsvorschriften über Schlachtungen, über Fleischbeschau usw. sind unbeschreiblich enorme Millionen von Schweinen heimlich geschlachtet worden, haben sich der Kontrolle und der Einrechnung in den Gesamtverbrauch entzogen. Und es ist weiter ein offenes Geheimnis, daß das Gewicht der angemessenen geschlachteten Schweine viel zu gering angegeben worden ist.

Nach solchen Erfahrungen ist man berechtigt, große Versprechungen, die sich lediglich auf eine Organisationsänderung gründen, nicht auf ein anderes System, mit Misstrauen aufzunehmen. — Vorläufig setzen wir in der Neuorganisation lediglich die Vorbereitung einer sparsameren Wirtschaft, die sich den Verbrauchern nicht annehmbar bemerkbar machen wird.

Wo bleiben die Ministerposten?

Auch in erster Zeit darf es an erheitender Bekläre nicht fehlen. Und so unterbreiten wir unsern Lesern die beiden folgenden Notizen aus der F. R., die jetzt unter der geschäftskundigen Leitung des Herrn Hellmann steht:

1. Der frühere Staatssekretär Fernburg hat am vergangenen Sonntag im Berliner Tageblatt angeregt, wenn eine gründliche Neuordnung der deutschen Verfassung im Augenblicke nicht durchzuführen sei, wenigstens einen Personenwechsel vorzunehmen, wozu zu den jetzt in Deutschland amtierenden Männern kein Ausländer sein Vertrauen hätte. Die Breslauer Volksmacht macht sich diese Anregung im vollsten Maße zu eigen und führt sie weiter aus. Mit dieser Regierung wolle das Ausland keinen Frieden schließen. Selbst seine „Langandgedruckte Friedenshaube“, über die Graf Reventlow täglich höhne, werde schroff zurückgewiesen. Nun handle es sich nicht darum, einem Wunsch oder einer Laune des Auslandes nachzukommen, sondern darum, dem Frieden näherzukommen. Die militärische Offensive des Jahres 1917 hätte ihn nicht gebracht und militärische Erfolge würden ihn überhaupt nicht bringen. Sollte nach allem erfolglosen Aultvergehen ein neuer Winter der Kälte und des Hungers über alle Völker kommen, solle Europa warten, bis auch die Amerikaner sich in das Kriegsgemümel stürzen? Es müsse möglich sein, vorher einen Weg zu finden, der das Ende bringe. Alte Systeme und alte Personen, die im Wege ständen, müßten fortgeräumt werden.

Und aus diesem Gedankengang heraus meint die Breslauer Volksmacht, einem Fernburg als Reichsminister und einem Fernburg als Staatssekretär des Innern würde das Ausland volles Vertrauen entgegenbringen, und wenn die neue Richtung durch Staatssekretäre aus dem Parlament, wie Erzberger und